

Chancengleichheit JETZT: Die Landesregierung muss die tatsächlichen Kosten für den Schulbereich in NRW erheben
Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/5852

Handlungskonzept Unterrichtsversorgung,
Vorlage 18/604

Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung
am 05. Dezember 2023

Stellungnahme des Philologenverbandes
Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Philologenverband NRW bedanken wir uns für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Antrag der SPD mit dem Titel "Chancengleichheit JETZT: Die Landesregierung muss die tatsächlichen Kosten für den Schulbesuch in NRW erheben" mit der Drucksache 18/5852 und nehmen wie folgt Stellung.

Wir begrüßen grundsätzlich das Anliegen, die Chancengleichheit im Bildungssystem zu verbessern und die finanziellen Belastungen der Schülerinnen und Schüler und ihrer Familien nicht nur zu identifizieren, sondern möglichst auch zu reduzieren. Wir erkennen an, dass die Landesregierung in den letzten Jahren bereits Maßnahmen ergriffen hat, um die Bildungsqualität und die Bildungsgerechtigkeit in NRW aus unserer Sicht zu erhöhen, wie zum Beispiel die Einführung des G9, die Erhöhung der Lehrerstellen, die Digitalisierungsoffensive oder die Ausweitung der Schulsozialarbeit.

Allerdings halten wir den Antrag der SPD für zu unkonkret und zu pauschal, um die tatsächlichen Probleme und Herausforderungen im Schulbereich angemessen zu adressieren. Die Forderung nach einer umfassenden Erhebung der Kosten für den Schulbesuch in NRW erscheint uns an dieser Stelle nicht zielführend, da sie einen hohen bürokratischen Aufwand bedeutet und die bereits stark belasteten Lehrkräfte

und Schulleitungen zusätzlich mit weiteren Datenerhebungen belasten würde. Zudem ist fraglich, ob eine solche Erhebung überhaupt valide und repräsentativ sein kann, da die Kosten je nach Schulform, Schulstandort, Schulträger, Schulprofil, Klassenstufe, Fach, Lerngruppe, Lehrkraft und Schülerin oder Schüler stark variieren können. Wir bezweifeln daher, dass eine solche Erhebung zu einer besseren Steuerung und Verteilung der Ressourcen im Bildungssystem führen würde.

Wir sind der Meinung, dass die Landesregierung stattdessen gesamtheitlich noch erheblich größere Investitionen in Schule und Bildung in NRW tätigen muss, um Chancengerechtigkeit zu fördern und die Bildungsqualität für alle Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten. Wir schlagen vor, dass die Landesregierung ein Konzept für gebundene Schulbudgets entwickelt, die den Schulen eine größere finanzielle Autonomie und Flexibilität ermöglichen, um die unterschiedlich ausgestatteten Fördervereine der Schulen im Sinne der Chancengerechtigkeit auszugleichen. Die Schulbudgets sollten nach transparenten und fairen Kriterien vergeben werden, die die soziale Lage, die regionale Situation, die schulische Infrastruktur und die pädagogischen Bedarfe der Schulen auf Basis des schulscharfen Sozialindex berücksichtigen. Die Schulbudgets sollten zudem an die steigenden Kosten für Lernmittel, Lehrmittel, Schulveranstaltungen, Wanderungen, Fahrten und andere schulische Ausgaben angepasst werden.

Wir sind überzeugt, dass ein chancengerechtes System dann am besten aufgestellt ist, wenn es genug Lehrkräfte, Lernmittel für Schülerinnen und Schüler und ausreichend Zeit zur Verfügung hat. Wir fordern daher, dass die Landesregierung die Lehrerbedarfsprognose sinngemäß weiterführt und die Lehrerausbildung und -einstellung entsprechend anpasst, um den Fachkräftemangel in bestimmten Fächern und Regionen zu beheben und die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Wir fordern außerdem, dass die Landesregierung die Arbeitszeit der Lehrkräfte reduziert und die Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben spürbar erhöht, um die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte zu senken und die Qualität der pädagogischen Arbeit zu verbessern. Insbesondere muss ein klar definierter Anteil an

Anrechnungsstunden ausschließlich für viel korrigierende Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Wir hoffen, dass unsere Stellungnahme zu einer konstruktiven und sachlichen Debatte über die Zukunft von Schule und Bildung in NRW beiträgt. Wir stehen für einen weiteren Dialog mit der Landesregierung und den anderen bildungspolitischen Akteuren zur Verfügung.

Düsseldorf, den 28. November 2023

Mit freundlichen Grüßen
gez. Sabine Mistler
(Vorsitzende PhV NRW)